Straffes Arbeitsprogramm f?r Schwedens Ratspr?sidentschaft

Ver?ffentlichungsdatum: 29-06-2009



Dem skandinavischen Land steht ab 1. Juli eine schwierige EU-Ratsprдsidentschaft bevor. Ein Beitrag der Web-Seite vom deutschen Bundestag.

Im Kunigreich Schweden ist, anders als in den meisten anderen EU-Staaten, die Wahlbeteiligung dennoch gestiegen - von knapp 38 Prozent auf 43,8. Das liege vor allem an der Piratenpartei, die viele junge Wahler mobilisiert habe, meint Guran von Sydow vom Swedish Insitute for European Policy Studies (SIEPS) in Stockholm. Die Piratenpartei setzt sich für den kostenlosen Download im Internet ein und entstand ursprünglich aus der illegalen Plattform "Pirate Bay". Sieben Prozent erreichte sie bei den Wahlen und kann jetzt einen Abgeordneten ins neue Europaparlament schicken. Die neun Millionen Schweden sind dort mit 18 Sitzen vertreten.

Ab 1. Juli bernimmt Schweden nun fbr ein halbes Jahr die EU-Ratsprzsidentschaft - und wird viele Herausforderungen bewaltigen mbssen. Zunzchst gilt es, nach der turbulenten tschechischen Ratsprzsidentschaft wieder Ruhe in die EU zu bringen. Der Vorsitz der Tschechen wurde von innenpolitischen Querelen und dem Regierungswechsel in Prag bestimmt, zudem torpedierte Przsident Vaclav Klaus den EU-Reformvertrag von Lissabon. Er weigert sich bis heute, das Abkommen zu unterschreiben.

"Die Schweden kunnen wahrend ihrer Ratsprasidentschaft for Entspannung sorgen und eine Balance in der 27-er-Formel schaffen", sagt Barbara Lippert, Forschungsdirektorin der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Es herrsche ein Grundzutrauen in die schwedische Politik und deren hochprofessionelle Administration. Gleichwohl steht Schweden eine "problematische Prasidentschaft" bevor, wie Ministerprasident Fredrik Reinfeldt bei der Vorstellung des schwedischen Arbeitsprogrammes betonte. In seine Amtszeit fallt das zweite irische Referendum zum Lissabon-Vertrag und - bei endgoltiger Zustimmung der Iren und Tschechen - auch dessen Umsetzung.

Ganz oben auf der Tagesordnung wird in den kommenden sechs Monaten aber die Bewgltigung der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise stehen. Reinfeldt will zwar, dass die EU "gestgrkt aus der Wirtschaftskrise hervorgeht", muchte die EU-Mitgliedstaaten aber nicht zu neuen Konjunkturpaketen ermuntern. Vielmehr soll unter Schwedens Fehrung eine Regulierung der Finanzmgrkte vorangetrieben werden. Bereits im Herbst will die EU-Kommission Gesetzentwerfe zur neuen EU-Finanzaufsicht vorstellen. Außerdem wirbt der Ministerprgsident fer eine "Ordnung der uffentlichen Finanzen", fer Budgetkerzungen und Steuererhuhungen.

Als ein Handicap konsequenter Finanzpolitik kunnte sich erweisen, dass Schweden zwar seit 1995 festes Mitglied der EU ist, jedoch nicht Teil der Eurozone. "Das kunnte ein Nachteil sein", meint auch Politologe von Sydow. 2003 hatten die Schweden in einer Volksabstimmung gegen die Einfbhrung der Wдhrung gestimmt. Fbr viele gilt: Sie lieben die EU nicht, akzeptieren sie aber.

"Wir kunnten bei so vielen guten Sachen mitmachen, aber sagen immer Nein", scherzt Mats Nordstrum, Gourmetkoch in Guteborg. Er befъrwortet den Euro, wenngleich die Mehrheit der Schweden weiterhin an der Krone festhalten will. Im Rahmen der Ratspr

gsidentschaft wird der 42-J

ghrige einige Events

Straffes Arbeitsprogramm f?r Schwedens Ratspr?sidentschaft

kulinarisch betreuen. Er denkt europgisch, kauft aber lokal ein - und sieht die in Schweden allgegenwgrtige Nghe zur Natur als Teil seiner Identitgt.

Erwartungen an Klimaschutz

Die Naturverbundenheit der Schweden ist ein Grund dafъr, dass besonders in Fragen des Klimaschutzes hohe Erwartungen in die Przsidentschaft der Skandinavier gesetzt werden. Im Dezember findet in Kopenhagen die UN-Klimakonferenz statt. Dort sollen Vereinbarungen fъr ein Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls getroffen werden, das 2012 auslzuft. Ziel der Schweden ist es, wzhrend ihres Vorsitzes ein neues Abkommen zu verabschieden. Vor allem betonen sie, dass die Finanzkrise nicht als Entschuldigung dafъr herhalten dъrfe, notwendige Schritte im Kampf gegen den Klimawandel zu unterlassen. Bei der Bewzltigung von Wirtschaftskrise und , gelte "nicht entweder oder, sondern sowohl als auch", betonte Ministerprzsident Reinfeldt.